

NEWSLETTER



KAS AUSLANDSBÜRO MADRID
FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

AUSGABE 1
7. Januar 2008

Newsletter aus Madrid

Inhalt

- Seite 1
- Konflikt zwischen Katholischer Kirche und Sozialisten flammt neu auf
- Seite 3
- Umfragen sehen PP und PSOE nahezu gleichauf
- Zapatero setzt nach der Wahl auf CiU und PNV als Bündnispartner
- Seite 4
- Rajoy will nur zwei Amtsperioden regieren
- Zapatero räumt eigene Fehler ein
- Seite 5
- Baskische Regierung kritisiert Umgang mit ETA-Terroristen
- Steht Spanien vor einer Wirtschaftskrise?
- Seite 7
- Portugal trotz Wirtschaftswachstum ärmstes Land im Euro-Raum

>> Konflikt zwischen Katholischer Kirche und Sozialisten flammt neu auf

Zwei Monate vor den Parlamentswahlen in Spanien ist der seit Jahren schwelende Streit zwischen sozialistischer Regierung und Katholischer Kirche um die Gesellschaftspolitik in neuer Schärfe ausgebrochen. Anlass war eine „Feierstunde“, die die Katholische Kirche Spaniens zum „Fest der Heiligen Familie“ am 30. Dezember auf der zentralen „Plaza Colón“ in der Hauptstadt Madrid veranstaltete. Dem Aufruf zu der Demonstrationsfeier unter dem Motto „Für die christliche Familie“ folgten mehrere Hunderttausend Menschen (Foto). Höhepunkt war eine Video-Direktschaltung auf



den Petersplatz in Rom, von wo aus Papst Benedikt XVI. eine Botschaft an die Versammelten richtete.

Wenn die Katholische Kirche Spaniens auch ausdrücklich betonte, keine politische Demonstration zu veranstalten und deshalb darum bat, Flaggen und Spruchbänder zu Hause zu lassen, so waren diese bei der Veranstaltung trotzdem gegenwärtig. Auch die Bischöfe übten in ihren Reden deutlich Kritik an der Gesellschafts- und Familienpolitik der Regierung von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero. Der Erzbischof von Madrid, Kardinal Antonio María Rouco Varela, betonte, die Familie sei die „natürliche und fundamentale Keimzelle der Gesellschaft“ und müsse deshalb unter dem „besonderen Schutz“ der Gesellschaft und des Staates stehen. Diesen Schutz der Familie sieht die Kirche jedoch durch vielfältige Politiken nicht mehr gewährleistet, mit denen die Regierung Zapatero auf direkten Konfrontationskurs zur Kirche und zu konservativen Sektoren der spanischen Gesellschaft gegangen war. In den vier Jahren

Zapatero-Regierung wurde so eine „Express-Scheidung“, die eine Ehescheidung in drei Monaten ohne vorher erforderliche Trennungszeit ermöglicht, eingeführt, Homosexuellen die Möglichkeit zur Heirat und Adoption geschaffen, eine verpflichtende staatliche Werteerziehung an den Schulen eingeführt sowie das Klonen menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken und die Präimplantationsdiagnostik erlaubt.

Bei der Familienkundgebung in Madrid ging der Kardinal von Valencia, Augustín García-



Gasco (Foto), mit dieser Politik hart ins Gericht und warf der Regierung die Zerstörung der demokratischen Grundordnung vor:

„Die Kultur des radikalen Laizismus ist ein Betrug, da sie nichts aufbaut und nur in die Hoffnungslosigkeit führt – und dies auf dem Weg der Abtreibung, der Express-Scheidung und der Ideologien, die die Erziehung der Kinder manipulieren sollen. Dieser Weg missachtet die Verfassung von 1978 und führt uns in Richtung einer Auflösung der Demokratie“. Immer wieder hatte die Kirche erklärt, die staatliche Werteerziehung verstoße gegen das verfassungsmäßige Recht der Eltern, ihre Kinder nach den eigenen Wertmaßstäben zu erziehen.

Die PSOE ließ mit ihrer erbitterten Reaktion gegen derartige Vorwürfe nicht lange warten und warf der Kirche im Gegenzug indirekt mangelnden demokratischen Geist vor. In einer Erklärung der Parteiführung heißt es, Gesetze entstünden nicht aus dem Glauben, sondern aus der Verfassung. Die Gesellschaft habe das Recht, durch ihre gewählten Repräsentanten die Prinzipien des Zusammenlebens zu ordnen. Wer dies „absichtlich ignoriere“, entferne sich „von den Fundamenten der Demokratie“. Im Übrigen hätten die Reformen der PSOE die Familien „gestärkt“. Ebenso wies Regierungschef Zapatero dar-

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 1 |

7. JANUAR 2008

www.kas.de/Spainen

auf hin, dass seine Politik von einer „immensen Mehrheit“ getragen werde. Deswegen werde er in diesem Sinne seine Politik fortsetzen. Im Übrigen erinnerte Zapatero die Bischöfe und Kardinäle daran, dass die spanische Verfassung jedem Einzelnen Raum zur Entfaltung in Spanien böte und dass jeder – religiös oder unreligiös – ein „Recht auf Rechte“ besäße. Auch der Organisationssekretär der PSOE, José Blanco



(Foto), schlug in die gleiche Kerbe und betonte in einem Interview, dass "wir keinen Schritt weichen und uns weiter dafür einsetzen werden, dass die Bürger mehr Freiheiten und Rechte bekommen". Für Blanco steht derweil fest, dass die Veranstaltung nicht wirklich ein Fest der Familie, sondern die „erste Wahlkampfveranstaltung der PP“ war. Er forderte die Volkspartei auf, sich von der „Verbalattacken“ der Bischöfe und Kardinäle auf der „Plaza Colón“ deutlich zu distanzieren. Diese seien nämlich von „extremer Schwere“ und seit dem „Übergang“ (transición) von den „Bischöfen zu den demokratischen Institutionen“ ohne Beispiel. Damit spielte Blanco eindeutig auf die Bedeutung der Kirche im Franco-Regime an. Auch der als besonders linksideologisch geltende Justizminister Mariano Fernández Bermejo (Foto) belebte die Gespenster des Frankismus. Mit der Demonstration in Madrid sei der „Nationalkatholizismus“ in den Wahlkampf eingetreten, ein Begriff, der historisch belegt ist und für die enge Verknüpfung von kirchlicher Hierarchie und Staat während des Franco-Regimes steht. Die „Anklagen der Kardinäle“ bedeuteten einen „scharfen Angriff auf das demokratische System“, so Bermejo.



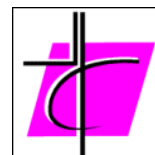
Die PP ihrerseits gerät durch den neu entfachten Streit in eine Zwickmühle, zumal die PSOE von der Oppositionspartei verlangt, sie solle in ihrem Wahlprogramm klarstellen, ob die PP gedenke, die umstrittenen Gesetze der Zapatero-Regierung rückgängig zu machen. Die PP, die sich gerne nach außen als offene und pluralistische Partei gibt, versucht indes, den Eindruck zu vermeiden, sie stelle sich hinter die Veranstaltung. Damit will sie im Wahlkampf keine unnötigen Angriffsflächen bieten. Allerdings nahmen PP-Politiker wie der stellvertretende EVP-

Fraktionsvorsitzende im europäischen Parlament, Jaime Mayor Oreja, und der erste stellvertretende PP-Fraktionsvorsitzende im



spanischen Parlament, Jorge Fernández Díaz (Foto), als Privatpersonen an der Veranstaltung teil. Letzterer kritisierte den „ranzigen und aus dem 19. Jahrhundert stammenden“ Antiklerikalismus der PSOE. Mayor Oreja glaubt, es sei ein Zeichen von „sehr geringer demokratischer Qualität“, wenn man der christlichen Familie nicht erlaube, ihre Interessen zu verteidigen. Der rechtspolitische Sprecher der PP-Fraktion im spanischen Parlament, Ignacio Astarloa, drückte den Demonstranten seinen „maximalen Respekt aus“. In einem demokratischen Land hätten sie das Recht, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die Attacken der PSOE gegenüber der Kirche seien demgegenüber „unangemessen und radikal“.

Für die spanische Presse ist der Streit zwischen Kirche und Staat ein gefundenes Fressen im Wahljahr. Die katholisch-konservative Tageszeitung ABC glaubt, eine „Offensive der PSOE gegen die Kirche“ zu erkennen. Die Schärfe der sozialistischen



Reaktionen auf die Kritik der Katholischen Kirche erklärt die Zeitung mit dem Versuch der PSOE, ihre eigenen Wähler zu aktivieren.

Denn die spanischen Sozialisten verfügen seit den Zeiten der Zweiten Spanischen Republik (1931-1936), die der Franco-Diktatur voranging, über eine stark ausgeprägte antiklerikale Tradition. Das Wiederbeleben alter antiklerikaler Reflexe unter Bezugnahme auf den Frankismus könnte der PSOE helfen, Stimmen aus dem traditionellen linken Milieu zu mobilisieren, welche die Partei durch ihre doch sehr liberale Wirtschaftspolitik verloren hat. Die PSOE-nahe Presse leistet dabei Schützenhilfe. So veröffentlichte die „El País“ einen Leitartikel unter dem Titel „Bischöfe auf dem Kriegspfad“. Die Bischöfe seien „besessen“ von ihrem eigenen „Verfolgungswahn“. Die „eisenharten“ Überzeugungen einer Religionsgemeinschaft müssten nur so lange akzeptiert werden, wie „die Gläubigen nicht versuchen, diese dem Rest von uns aufzuzwingen“.

Das Wahljahr 2008 endet so wie das vergangene Jahr geendet hat: mit der Spaltung

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 1 |

7. JANUAR 2008

www.kas.de/Spainen

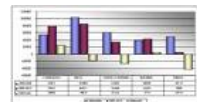
und Polarisierung der Gesellschaft. Für die Volkspartei dürfte es unter den gegebenen Verhältnissen schwer fallen, ihren auf Dialogbereitschaft fixierten Wahlkampf durchzusetzen. Denn es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass jedes Thema politisiert wird, das sich für den Wahlkampf eignet, um die eigenen Wählerinnen und Wähler zu polarisieren und damit zu mobilisieren.

>> Umfragen sehen PP und PSOE nahezu gleichauf

Zwei Monate vor den richtungsweisenden Parlamentswahlen in Spanien ist weiter alles



offen. In einer Erhebung des Meinungsforschungsinstitutes Sigma Dos im Auftrag der liberalen Tageszeitung El Mundo kommt die PSOE mit 41,9 Prozent der Stimmen auf 2,5 Prozent mehr als die oppositionelle Volkspartei, die 39,4 Prozent der Stimmen erreicht. Aufgrund des spanischen Wahlsystems sagt Sigma Dos jedoch nahezu ein Patt bei den Parlamentsmandaten voraus. Es sei sogar möglich, dass die PP trotz weniger Wahlstimmen bis zu acht Parlamentsmandate mehr erhalte als die PSOE. Auch eine Umfrage des Institutes Noxa im Auftrag der katalanischen Tageszeitung „La Vanguardia“ hatte der PSOE vor einigen Tagen einen knappen Vorsprung von 2,8% bescheinigt. Bei den Wahlen im Jahr 2004 hatten die Sozialisten unter dem Eindruck der Terroranschläge von Madrid 42,6 Prozent der Stimmen erreicht und die PP mit 37,7 Prozent auf den zweiten Platz verwiesen.



Im direkten Vergleich zwischen den beiden Spitzenkandidaten kann Ministerpräsident Zapatero seinen Vorsprung vor Oppositionsführer Mariano Rajoy halten. 54 Prozent bevorzugen den derzeitigen Regierungschef als Ministerpräsidenten, während nur 35 Prozent sich den Oppositionsführer im Amt des Regierungschefs wünschen. Allerdings vertraut Sigma Dos zufolge eine knappe Mehrheit der Spanier bei den Themen „Antiterrorismus“ und „Wirtschaft“ mittlerweile eher Oppositionsführer Rajoy als Zapatero, welcher seinerseits besonders in den Bereichen „Soziales“, „Außenpolitik“ und „Bildung“ punkten kann.

Da die Meinungsumfragen einen Spielraum von +/- 3 Prozent einräumen, scheint für



die Wahl am 9. März weiter alles offen. Persönlich wird Zapatero unverändert höher geschätzt als der oft als farblos kritisierte Rajoy (Foto mit Ehefrau). Aber man kann auch nicht von einem Liebesflirt der Spanier mit ihrem Ministerpräsidenten sprechen. 52 Prozent der von Noxa Befragten gaben an, er flöße ihnen „wenig“ oder „kein“ Vertrauen ein. Deshalb stellt sich die Frage, ob die PSOE ihre Wählerschaft, die gegenüber der Politik oft sehr kritisch eingestellt sind, wird in dem Maße mobilisieren können wie die Volkspartei es vermag. Beobachter glauben, dass die Siegchancen der PSOE steigen, je mehr Wählerinnen und Wähler mobilisiert werden. Die PP, die über einen treueren Wählerstamm verfügt, würde wohl von einer geringen Wahlbeteiligung profitieren. Glaubt man Noxa, erwarten die Spanier eine geringere Wahlbeteiligung als 2004. Dieser Meinung ist eine deutliche Mehrheit von 57 Prozent der Befragten. Lediglich 33 Prozent geht aufgrund der polarisierten Stimmung im Land von einer höheren Wahlbeteiligung aus.

>> Zapatero setzt auf CiU und PNV als Bündnispartner

Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero weiß offenbar, mit wem er im Falle eines Wahlsieges zusammenarbeiten möchte. Nachdem er in der laufenden Legislaturperiode mit wechselnden Tolerierungspartnern im Madrider Parlament operiert hatte, setzt er jetzt auf eine Allianz mit den nationalistischen Mitte-Rechts-Parteien CiU (Katalonien) und PNV (Baskenland). Ein solches Bündnis, so Zapatero, interessiere „das Land als Ganzes“ und sei wichtig für die Stabilität Spaniens. Gleichzeitig erteilte



Zapatero einer Zusammenarbeit mit der kommunistische ausgerichteten Linkspartei IU und den katalanischen Linksnationalisten (ERC) eine Absage. Beide Parteien hatten seine Minderheitsregierung während der Legislaturperiode überwiegend unterstützt. In der Endphase jedoch verweigerten IU und ERC der Zapatero-Regierung die Gefolgschaft.

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 1 |

7. JANUAR 2008

www.kas.de/Spainen

Der CiU-Fraktionsvorsitzende Josep Antoni Duran i Lleida zeigte sich grundsätzlich offen für einen Dialog mit Zapatero. Allerdings stellte der gemäßigte Christdemokrat klare Bedingungen an den Regierungschef und forderte vom Ministerpräsidenten einen „klaren Politikwechsel“ sowie eine Änderung der „Art und Weise, Politik zu betreiben“. Zudem müssten der Finanzfluss zwischen der Zentralregierung und Katalonien veröffentlicht werden, um eine gerechte Behandlung der Autonomen Region zu gewährleisten. Hinsichtlich des Autonomiestatus müssten klare Absprachen getroffen werden, die einzuhalten seien, so der Politiker, der mit dem Amt des spanischen Außenministers spekuliert. Notwendig seien auch Reformen zur Verbesserung des spanischen Bildungssystems und zur Festigung von Werten wie „Autorität, Respekt, Anstrengung und Verdienst“. Eine innovationsfreundliche Wirtschaftspolitik sei zudem genauso wichtig wie Maßnahmen zur effektiven Familienförderung.

Mit diesen Bedingungen sprach Duran i Lleida (Foto) Punkte an, die viele Spanier Zapatero vorwerfen. Hinter ihnen verbirgt sich eine Generalkritik am Regierungschef. In vielen Punkten erscheint diese inhaltlich näher an PP-Positionen als an den Ideen Zapateros. Sollte sich Duran i Lleida im eigenen Lager durchsetzen, erscheint so auch eine parlamentarische Zusammenarbeit im Sinne einer Tolerierung oder Koalition zwischen CiU und PP durchaus im Bereich des Möglichen. Insbesondere wäre dies der Fall, sollte die PP dem derzeitigen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im spanischen Parlament den Posten des Außenministers anbieten.

>> Rajoy will nur zwei Amtszeiten regieren



Im Falle eines Sieges bei den Wahlen am 9. März hat PP-Chef Mariano Rajoy angekündigt, nur zwei Legislaturperioden als Regierungschef zur Verfügung stehen zu wollen. Rajoy orientiert sich damit am früheren Re-

gierungschef José Maria Aznar, der auch nur zwei Amtszeiten lang (1996-2004) regiert hatte und dies vor seinem ersten Wahlsieg 1996 angekündigt hatte. Der Oppositionsführer begründete diese Vorabentscheidung mit dem Argument, eine begrenzte Amtszeit trage zu einer „Neubelebung der Demokratie“ bei. Die PP forderte Ministerpräsident Zapatero auf, dieselbe Verpflichtung einzugehen wie Rajoy. Gleichzeitig kündigte sie an, im Falle eines Wahlsieges eine maximale Amtszeit von 8 Jahren für Regierungschefs auch gesetzlich festzuschreiben zu wollen. Innerhalb der PP selbst gab es wenig Kritik an dem Vorstoß Rajoys. Allerdings



merkte Madrids Bürgermeister Alberto Ruiz-Gallardón an, dass eine dritte Amtszeit unter Umständen Sinn machen würde, je nachdem wie die politischen Umstände zu gegebener Zeit aussehen würden. Javier Arenas (Foto), Spitzenkandidat der PP für die zeitgleich mit den nationalen Parlamentswahlen stattfindenden andalusischen Regionalwahlen, erklärte, die Amtszeitbeschränkung auf zwei Legislaturperioden solle auch auf das Amt der Regierungschefs der Autonomen Regionen angewandt werden. Der Gegenkandidat Arenas', das sozialistische Urgestein Manuel Chaves, steht bereits seit 18 Jahren der Region Andalusien als Regionalpräsident vor. Darüber hinaus ist Chaves nationaler Vorsitzender der PSOE.

Die PSOE wies den Vorstoß der PP zurück. Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba sprach von einem „Ablenkungsmanöver“ Rajoys. Dieser wisse selbst, dass er die Wahl nicht gewinnen werde. Rubalcaba warf dem Oppositionsführer in diesem Punkt Realitätsverlust vor. Der Wahlkampfkoordinator der Sozialisten, Arbeitsminister Jesús Caldera, kündigte an, Rajoy werde nicht einmal einen einzigen Tag Regierungschef sein.

>> Zapatero räumt eigene Fehler ein

Enthusiastisch zog Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (Foto) Bilanz seiner eigenen Legislaturperiode. Nach vier



„fruchtbaren“ Jahren sozialistischer Regierung sei Spanien als Land „stärker“ geworden und

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 1 |

7. JANUAR 2008

www.kas.de/Spainen

könne mit „Vertrauen“ in die Zukunft schauen. Besonders hob der Regierungschef hervor, dass die Einkommen gestiegen seien und die Regierung durch zahlreiche Maßnahmen die soziale Situation der Spanier verbessert habe.

Vielleicht viel bedeutsamer als das Lob für seine Regierung war das Zugeben eigener Fehler durch Zapatero. Ein „schwerwiegender Irrtum“, so der Regierungschef, sei seine Aussage vom 29. Dezember 2006 gewesen, in einem Jahr werde die Terrorismussituation „besser“ sein. Nur einen Tag später



hatte eine tödliche ETA-Bombe auf den Madrider Flughafen Barajas (Foto) Zapatero Lügen gestraft. Auch im Zusammenhang mit der katalanischen Infrastrukturkrise und dem verzögerten Bau des Schnellzuges AVE von Madrid nach Barcelona räumte Zapatero „Fehler“ ein.

Oppositionsführer Mariano Rajoy glaubt, das „Scheitern“ Zapateros könne den künftigen Konsens zwischen den beiden großen Volksparteien in wichtigen Fragen wie dem Antiterrorismus und der Autonomiepolitik erleichtern. Gleichzeitig widersprach er der Ansicht, Spanien gehe es nach vier Jahren PSOE-Regierung besser. Zapatero habe sich im Gegenteil „in seinen Prioritäten geirrt“. So seien „schwere Probleme entstanden“, die Spanien „geschwächt“ hätten.

Der katalanische Christdemokrat Josep Antoni Duran i Lleida kritisierte Zapateros Erklärungen als „übertrieben enthusiastisch“. Seiner Meinung nach hat die Regierung Licht und Schatten gezeigt. Aber auch die Opposition verschonte Duran i Lleida nicht mit Kritik: „Vielleicht ist das größte Problem, dass wir weder eine gute Regierung, noch eine gute Opposition haben“, so der Christdemokrat.

>> Baskische Regierung kritisiert Umgang mit ETA-Terroristen

Die baskische Regierung unter Regionalpräsident Juan José Ibarretxe (PNV, Foto) hat durch zweideutige Aussagen zum Thema ETA-Terrorismus erneut für Diskussionsstoff gesorgt. So verknüpfte sie die Verurteilung der jüngsten ETA-Anschläge mit dem Hin-



weis auf den "Schmerz" der Angehörigen inhaftierter ETA-Terroristen. In der Weihnachtszeit hatte die Terrororganisation mit zwei Bomben im Baskenland Sachschäden verursacht. Am 16. Dezember war dabei ein Gerichtsgebäude in Sestao und an Heiligabend eine PSOE-Parteizentrale in Balmaseda beschädigt worden.

Mit ihrer jüngsten, von Regierungssprecherin Miren Azkarate vorgelesenen Erklärung bleibt die baskische Regionalregierung ihrer Linie treu, mit den Anschlägen auch das Vorgehen der Regierung gegen die ETA zu kritisieren. Auch Regionalpräsident Ibarretxe erklärte, alle Gewalt führe "in die Vergangenheit" zurück. Dabei bezog er sich sowohl auf die ETA-Gewalt als auch auf die Haftstrafen gegen ETA-Terroristen. Die PSOE warf Ibarretxe daraufhin vor, die ETA zu "entschuldigen".

Unterdessen nährte der Regionalpräsident weiter die Forderungen nach einer baskischen Unabhängigkeit von Spanien. Ibarretxe erklärte in seiner Neujahrsansprache, das Referendum über eine baskische „Selbstbestimmung“ am 25. Oktober diesen Jahres wie geplant durchführen zu wollen und dafür bis „in die letzten politischen und juristischen Konsequenzen“ hinein kämpfen zu wollen. Gleichzeitig mahnte er, man könne nur durch „Dialog“ zu einem Frieden kommen, nicht durch Parteienverbote. Ibarretxe erinnerte daran, dass auch die „Menschenrechte“ der ETA-Gefangenen zu respektieren seien.

Als Zuschauer nahm der baskische Regionalpräsident an einem Fußballspiel zwischen den „Nationalmannschaften“ Kataloniens und des Baskenlandes in Bilbao teil, welches zu einer Bühne für nationalistische Forderungen wurde. Vertreter beider Autonomen Regionen reklamierten auf Spruchbändern: „Eine Nation – Eine Nationalmannschaft“. Gleichzeitig kündigte man an, beim internationalen Fußball-Dachverband FIFA einen entsprechenden Antrag einreichen zu wollen.

>> Steht Spanien vor einer Wirtschaftskrise?

Schon seit Jahren befürchten die Spanier, dass die Immobilienblase platzt. Die Volkspartei hatte nach ihrer Niederlage im März 2004 auch schon den Teufel an die Wand gemalt und eine von den Sozialisten ange-

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 1 |

7. JANUAR 2008

www.kas.de/Spainen

fachte Wirtschaftskrise vorhergesagt. Nichts dergleichen war jedoch eingetreten. Als Zeichen der Stabilität setzte Ministerpräsident Zapatero den über die Parteigrenzen hinweg hoch geachteten Wirtschaftsexperten Pedro



Solbes (Foto) an die Spitze seines Superministeriums für Finanzen und Wirtschaft. Zudem hielt sich Zapatero an sein Versprechen,

die Wirtschaftspolitik seines Amtsvorgängers José María Aznar fortzusetzen.

Nun aber zeichnet sich eine deutliche Wende des Vertrauens der Spanier in die wirtschaftliche Situation ihres Landes, die in Zusammenhang mit der äußerst hohen Inflationsrate und der ungewöhnlich stark angestiegenen Arbeitslosigkeit steht. Dies ist jedenfalls das Ergebnis einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes „Noxa“, welche in der katalanischen Tageszeitung „La Vanguardia“ veröffentlicht wurde. Demnach glauben 42 Prozent der Befragten die Situation als „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Eine Minderheit von 34 Prozent gibt an, der Wirtschaft gehe es „gut“ oder „sehr gut“. Damit ist die Meinung der Spanier über die wirtschaftliche Situation ihres Landes gekippt. Noch im Oktober hatten 39 Prozent der Befragten sich positiv zur ökonomischen Lage geäußert, wogegen nur 34 Prozent diese als negativ eingeschätzt hatten. Im Juli war dieser Wert mit 48 Prozent (positiv) und 28 Prozent (negativ) sogar noch deutlich höher.

Für Regierungschef Zapatero kommt die Umfrage zur wirtschaftlichen Lage des Landes zwei Monate vor der wichtigen Parlamentswahl zu einem höchst unangenehmen Zeitpunkt. Bricht in der Tat noch kurz vor der Wahl eine Wirtschaftskrise aus, könnte diese Zapateros Chancen auf eine Wiederwahl im März deutlich reduzieren. Denn das Thema Wirtschaft ist in Spanien überaus sensibel zu handhaben. So wäre die Regierung des zuletzt recht unbeliebten José María Aznar im Jahre 2004 wegen der erfolgreichen Wirtschaftspolitik der PP um ein Haar wieder gewählt worden, hätte es drei Tage vor der Wahl nicht die Madrider Terroranschläge gegeben.

Für die oppositionelle Volkspartei ist die Umfrage natürlich ein Wahlkampfgeschenk. So scheinen die Umfrageergebnisse zu belegen, dass die PP schon immer Recht mit

ihrer Behauptung hatte, die Regierung habe in den vergangenen Jahren lediglich von den Früchten der Vorgängerregierung gelebt. Nun sei klar, so die Volkspartei, dass die Sozialisten die Wirtschaft ruiniert hätten. Dies habe die Volkspartei schon immer prophezeit, aber von den Sozialisten stets als einsamer Rufer in der Wüste verhöhnt worden.



Indes hat der Jahreswechsel in Spanien zu einer der höchsten Preissteigerungsraten seit 1995 geführt. Der „Stiftung für Unabhängige Verbraucher“ (Fundación de Usuarios Consumidores Independientes, FUCI) zufolge haben die Spanier Preissteigerungen von durchschnittlich vier Prozent zu verkraften. Damit wurden die Prognosen der Regierung deutlich übertroffen. Vor allem im Bereich der Energie und der Lebensmittelpreise sind die Preise deutlich angestiegen. Die Teuerungen übertreffen dabei auch die Vorgaben der Europäischen Union um das Doppelte. Allein die Kosten für Gas stiegen mit dem Jahreswechsel um 4,73 Prozent, während Wasser um vier Prozent und Strom um 3,3 Prozent teurer wurden. Der Öffentliche Nahverkehr verteuerte sich um 4,1 Prozent. Begründet werden die Preissteigerungen vor allem mit dem hohem Rohölpreis und der gestiegenen Nachfrage aus Indien und China. Den größten Anstieg gab es jedoch beim Milchpreis, der um mehr als 30 Prozent anzog. Unterm Strich, so die Verbraucherorganisation, machten alle Steigerungen eine jährliche Mehrbelastung von 120 Euro pro Verbraucher aus. Besonders Familien bekämen dies zu spüren.

Die neuesten Daten des Nationalen Statistikinstitutes INE (dem statistischen Bundesamt vergleichbar) bestätigen die Tendenz zur Teuerung. Demnach hat das alte Jahr mit einer Inflationsrate von 4,3 Prozent geschlossen. Dies ist die höchste Rate in Spanien seit 1995. Außerdem stieg auch die Arbeitslosenzahl. Nach Angaben des Nationalen Arbeitsamtes INEM (der Bundesagentur für Arbeit vergleichbar) waren 2007 rund 106.000 mehr Menschen arbeitslos als im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit in Spanien betraf Ende 2007 2,13 Millionen Menschen, was



NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 1 |

7. JANUAR 2008

www.kas.de/Spainen

Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Madrid
V.i.S.d.P: Michael Däumer
Redaktion: Michael Däumer/
Sebastian Grundberger/ Oliver
Krumme
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
28046 Madrid, Spanien
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: info@fka-madrid.org
Web: www.kas.de/Spainen

eine Steigerung um 5,27 Prozent gegenüber 2006 bedeutet. Im Jahr 2006 war die Arbeitslosenzahl im Vergleich zu 2005 noch um rund 80.100 gesunken.

Diese jüngsten alarmierenden Zahlen deuten darauf hin, dass das Wirtschaftswachstum in Spanien an seine Grenzen angelangt sein könnte und die Gefahr einer allgemeinen Rezession ansteigt. Wegen der gestiegenen Lebenserhaltungskosten wird die Kaufkraft der Bürger ernsthaft beeinträchtigt, so dass die Menschen reell immer weniger Geld in der Tasche haben. Dies könnte sich an den Wahlurnen am 9. März bemerkbar machen. Schon jetzt deutet die Umfrage von „Noxa“ an, dass die hohe Inflation als drittgrößtes Problem des Landes angesehen wird.

>> Portugal trotz Wirtschaftswachstum ärmstes Land im Euro-Raum



Widersprüchliche Meldungen über die wirtschaftliche Situation kommen aus Portugal. Zum einen

wächst die portugiesische Wirtschaft im europäischen Vergleich überdurchschnittlich, zum anderen jedoch ist das Land immer noch das ärmste unter den Euro-Staaten (ohne Malta und Zypern). Einer vom Europäischen Statistikkamt Eurostat veröffentlichten Liste zufolge, liegt das Bruttoinlandsprodukt Portugals sogar noch unter dem Wert einiger EU-Neumitglieder wie Tschechien oder Slowenien. Kein anderes „altes“ EU-Land schneidet so schwach ab.

Das Durchschnittseinkommen Portugals liegt bei ungefähr 750 Euro. Der gesetzliche Mindestlohn beträgt trotz der von der sozialistischen Regierung soeben beschlossenen Erhöhung lediglich 426,50 Euro pro Monat. Auch Renten zwischen 200 und 300 Euro sind in Portugal keine Seltenheit.

Nichtsdestotrotz entwickeln sich die ökonomischen Daten im Land nach langem Stocken erfreulich. So erwartet die Regierung 2008 ein Wirtschaftswachstum von 2,2 Pro-

ORGANISATION
FOR ECONOMIC
CO-OPERATION
AND DEVELOPMENT



zent. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) prognostiziert zwar einen Zuwachs von lediglich zwei Pro-

zent, hält Portugal damit aber dennoch für das einzige EU-Land, in dem das Wirtschaftswachstum im Vergleich zum Vorjahr steigen wird.

Wenn es der Regierung auch gelungen ist die Neuverschuldung deutlich zu reduzieren und den Haushalt zu stabilisieren, bleibt die Arbeitslosigkeit ein Problem. Im dritten Quartal lag die Arbeitslosenquote bei 7,9 Prozent und damit um einen halben Prozentpunkt höher als im Vergleichszeitraum 2006.

Die Redaktion des „Newsletter aus Madrid“ wünscht allen Leserinnen und Lesern ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr 2008!

